



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/63

30. Mai 1949

Ein Spuk verflieg

Bonn beseitigte juristischen Widersinn

Es ist nicht leicht, deutscher Staatsbürger zu werden. Man sollte meinen, es genügt, wenn man von deutschen Eltern auf deutschem Boden geboren wurde. Dem ist nicht immer so, wie viele erfahren mussten, die das Dritte Reich zur Emigration zwang.

Im Auslande wurde man aufgrund seines Passes oder sonstiger Dokumente als Deutscher angesehen. Man musste sich bei der Polizei des Asyllandes registrieren, unterlag den Bestimmungen für Ausländer und wurde entsprechend behandelt. Viele, die auch die Gefängnisse des Hitlerreichs kennengelernt haben, weil sie Antifaschisten waren, wurden zur Belohnung im Kriege interniert - weil sie Deutsche waren. Die politische Einstellung des einzelnen wurde erst in zweiter Linie beachtet. Da half kein Zetern und Protestieren. Man war Deutscher, also ein potentieller Feind. War man aber noch deutscher Staatsbürger? Die emigrierte Prominenz konnte aus dem Reichsanzeiger erfahren, dass Hitler ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt hatte. Da gab es das Reichsbürgergesetz vom 15.9.1935 mit 13 weiteren Ausführungsbestimmungen. Die letzte datierte vom April 1943. Alle Deutschen, die bis zu diesem Zeitpunkt im Ausland lebten, galten nicht länger als deutsche Staatsbürger; nur wenige jedoch waren sich dieses neuen Tatbestandes bewusst.

Als sie nach der Kapitulation dorthin fuhren, wo sie glaubten, endlich wieder alle Staatsbürgerrechte genießen zu können, nach Deutschland nämlich, mussten sie bald feststellen, dass ihre rechtliche Stellung in diesem Deutschland sehr umstritten war. Eine Klarheit über den Rechtszustand der wieder nach Deutschland zurückgekehrten Emigranten zu bekommen, war schon deswegen nicht möglich, weil einerseits die Militärregierung sich zu dieser Frage nicht geäußert hatte, und dies auch nicht zu tun gedachte und andererseits die Länderinstanzen resp. ihre Innenministerien die verschiedenartigsten Stellungnahmen bezogen. Da gab es einerseits das Kontrollratsgesetz No. 1, welches im Artikel I, Abschnitt J sowie in den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen das Reichsbürgergesetz des Jahres 1935 samt allen darauf basierenden Gesetzen außer Kraft setzte. Also, argumentierten die Schlaunen, haben wir dadurch auch eine Rechtsgrundlage für die Nichtanerkennung der Nazigesetze. Mehrere Untersuchungen dagegen ergaben, dass dieses Gesetz nicht rückwirkend gelten kann, d.h. dass durch das Kontrollratsgesetz No. 1 nur die weitere Anwendung dieses Nazigesetzes aufgehoben wird. Die zurückgekommenen Emigranten blieben also staatenlos. Deutsche und alliierte Stellen waren der Meinung, dass nur eine Zentralregierung die Deutsche Staatsbürgerschaft anerkennen könne, aber eine solche gab es bekanntlich nicht. Einige Länder machten den Versuch, die Frage ländermässig zu regeln. Diese Regelung wurde im allgemeinen in der britischen Zone von der Militärregierung abgelehnt.

So ergab sich die groteske Situation, dass die zurückgekehrten Antinazi-Deutschen - juristisch gesehen - als staatenlos bezeichnet werden mussten. Rechtskräftig wäre nur ein Ausweg gewesen, den ein gewisser Herr aus Braunau schon einmal gegangen ist: Aufgrund des Reichsbeamtengesetzes 1913 wird nämlich automatisch zum deutschen Staatsbürger, wer in den Dienst des Staates tritt. Doch dieser Umweg war keine Lösung des Problems.

Nun ist endlich diesem Spuk ein Ende gemacht worden. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz in Bonn angenommen. Artikel 116, Abschnitt 2 dieses Gesetzes besagt, "frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge, sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8.5.1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben".

H.P.

----- Aufgeschobene CSU-Krise

sp. Weder Josef Müller, alias "Ochsensepp", noch Hundhammer, sondern Ministerpräsident Ehard soll das auseinanderfallende Schiff der CSU durch die Klippen des Wahlkampfes steuern. Vom Standpunkt der CSU scheint das die beste Lösung, denn zweifellos genießt Ehard aus seiner Tätigkeit als Ministerpräsident ein Ansehen, das heute allein in der Lage ist, die zentrifugalen Kräfte der Partei bis zum nächsten Krach zusammenzuhalten. Zwar war Hundhammer nicht als Kandidat vorgesehen, aber ein ausgesprochener Sieg seines Flügels hätte ebenso wie ein Sieg des "linken Flügels" (Müller) die CSU heute schon offiziell gespalten. Die Stimmzahl, die Ehard für sich verbuchen konnte, ist beachtlich; sie zeigt, dass man sich innerhalb der CSU der Gefahr eines vollkommenen Zerfalls unmittelbar vor den Wahlen bewusst war. Die Gegensätze sind durch die Wahl Ehards allerdings nicht aus der Welt geschafft und es wäre bei der Dynamik sowohl Müllers als auch Hundhammers unrealistisch anzunehmen, dass die CSU von nun ab die Spalten der Zeitungen nicht mehr mit sogenannten Sensationsmeldungen versorgen wird.

Dr. Ehard neigt zu Kompromissen, aber die Tatsache, dass er vom Hundhammer-Flügel gestützt wurde, wird es ihm schwer machen, die CSU allein mit Kompromissen zusammenzuhalten. Die radikale Konkurrenz der Bayernpartei wird ein übriges tun, um dem Parteivorsitzenden Ehard das Leben schwerer zu machen, als sie es je dem Ministerpräsidenten Ehard machen konnte. Man kann deshalb gespannt darauf sein, welchen Kurs Ehard steuern wird. Es wird jedenfalls nicht der Kurs Müllers sein, der einer Koalition mit der SPD zugeneigt schien. Vielleicht aber wird diese Entscheidung Dr. Ehard schon bei den nächsten allgemeinen Wahlen abgenommen werden.

Dass man den Franken Ehard wählte, war insofern ein kluger Schachzug, als die Absplitterungstendenzen innerhalb der CSU ja nicht nur aus "Urbayern" kommen, sondern auch - allerdings aus entgegengesetzten Gründen - ebenso stark aus Franken. Die Wahl Ehards mag als eine Konzession gegenüber dem "fränkischen Föderalismus" innerhalb des bayerischen Zentralismus betrachtet werden und daher im Augenblick eine personelle Lösung der CSU-Krise darstellen - eine Lösung der sachlichen Differenzen ist sie nicht.

(b/2/305/2/hs)

Offensive der Konservativen in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die französischen Politiker haben eine ausgesprochene Neigung für Regierungskrisen gerade in aussen- und weltpolitisch entscheidenden Wochen. Im Augenblick kann man zwar von einer solchen Krise noch nicht sprechen, aber sie droht immerhin.

Dabei sind die sachlichen Schwierigkeiten der Regierung Queuille alles andere als schwerwiegend. Bei einem Haushalt von rund 2.000 Mrd. FFrs. spielt ein verbleibender Fehlbetrag von 80 Mrd. keine Rolle, am allerwenigsten in einem Land, das nach vor wenigen Monaten vor einer wirtschaftlichen Katastrophe stand. Es wäre kein grosses politisches Kunststück, sich über die demagogisch ausgebeutete Frage des Benzinpreises zu einigen, ebenso wie über die erforderlichen Sparmassnahmen in der öffentlichen Verwaltung und in den staatlichen Unternehmen.

In Wirklichkeit geht es nicht um die immer wieder erwähnten 80 Mrd. FFrs., sondern um die grundsätzliche Orientierung der Regierungspolitik. Es gibt in Frankreich leider mächtige Kreise, denen die glücklich gelungene Stabilisierung der Preise und der Verhältnisse keineswegs gefällt und die ein Wiederaufleben der Inflation der jetzt eingetretenen Deflation mit ihren unvermeidlichen Auswirkungen auf den Geschäftsgang und die Gewinne vorziehen. Gerade diese Kreise wollen selbst vom geringsten eigenen Opfer nichts wissen und hoffen, nach einer neuen Regierungskrise mit allen ihren moralischen Folgen wieder einmal im Trüben fischen zu können. Sie treffen sich darin mit den Kommunisten, die aus politischen Gründen dasselbe Ziel verfolgen, wenn sich auch die kommunistischen Gewerkschaften augenblicklich mit Streikbewegungen noch zurückhalten mit Rücksicht auf die ungewisse Entwicklung auf der Aussenministerkonferenz.

Ausserdem erlebt Frankreich aber gegenwärtig eine regelrechte Offensive der reaktionären, konservativen Rechten. Paul Reynaud, der einst zu den aufgeschlossenensten Persönlichkeiten des französischen Grossbürgertums gehörte, bewirbt sich jetzt um die Führerstellung der Konservativen. Die Unternehmerschaft setzt selbst den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer einen immer erbitterteren Widerstand entgegen und geht bereits so weit, sehr offen Lohnherabsetzungen zu verlangen, obwohl jedermann weiss, dass der schwache Rückgang der Preise nichts anderes ist als der erste Silberstreifen nach den den breiten Massen endlos erschienenen, schwierigen Jahren. Die Unternehmer müssen auch wissen, dass der Anteil der Arbeiterschaft am Volksvermögen, selbst unter Hinzuziehung aller sozialen Abgaben, gegenüber 1938 unveränderlich bei 40% geblieben ist. Der Feldzug gegen die Sozialversicherungen entbehrt daher der moralischen und wirtschaftlichen Grundlage. Die Sozialleistungen, besonders die Familienzulagen, sind ein Teil des Lohnes geworden, ein Teil, ohne den die Massen in den letzten Jahren überhaupt nicht hätten bestehen können.

Die Angriffe gegen die verstaatlichten Unternehmen sind ebenfalls weitgehend politisch. Die französische Rechte will zurück zur liberal-

kapitalistischen Wirtschaftsordnung, d.h. sie will einem in jeder Beziehung freien und allmächtigen Unternehmertum den Weg ebnen. Niemand leugnet die höchst unerfreulichen Zustände in einer Reihe staatlicher Unternehmen, für die die Regierung die Reformvorschläge bereits ausgearbeitet hat. Der Fehlbetrag der Staatsbahnen ist keine Neuheit. Selbst vor 1936, als die Eisenbahnen noch Privatgesellschaften gehörten, musste die Staatskasse dafür aufkommen. Die von der Regierung festgesetzten Gas- und Transporttarife schliesslich liegen ganz wesentlich unter dem allgemeinen Preisindex. (Bei der Eisenbahn um rund 50%). Ein Drittel des diesjährigen Defizits der Eisenbahnen ist übrigens eine unmittelbare Folge der jüngsten Steuererhöhungen.

Es ist schwer ersichtlich, welche Erfolgsaussichten sich die französischen Konservativen von ihrer Offensive versprechen. An Neuwahlen dürften sie nicht denken. Bei der gegebenen Zusammensetzung des Parlaments müsste eine Rechtsregierung sich sowohl auf die Volksrepublikaner wie auf die Gaullisten stützen können. Paul Reynaud war bisher kein besonderer Freund des Generals, es ist aber nicht ausgeschlossen, dass er, aus materiellen Interessen, zu einer Zusammenarbeit mit de Gaulle bereit sein wird. Wesentlich unbestimmter ist die Haltung der Volksrepublikaner, die aber einen sehr rührigen, durch die christlichen Gewerkschaften gebildeten linken Flügel haben. Es ist kein Zufall, wenn diese Gewerkschaft als Antwort auf die konservative Offensive energischer denn je für die Verteidigung der Belange der Arbeiterschaft eintritt und in nicht weniger als 14 Landesbezirken sich sogar zu einer Aktionsgemeinschaft mit der kommunistischen CGT verpflichtet hat. Eine etwaige Beteiligung der Volksrepublikaner in einer Rechtsregierung würde die sofortige Spaltung der Partei zur Folge haben.

Bei den gegebenen Verhältnissen ist die einzig vernünftige und denkbare Lösung die Weiterführung der bestehenden Koalitionen. Dadurch würde es der Regierung Queuille ermöglicht, das mit Geschicklichkeit und Erfolg begonnene Gesundungswerk der französischen Wirtschaft und Politik zu Ende zu führen.

4 - - - -

Christentum, Politik und Kirche.

Aus einem Vortrage Pfarrer Niemöllers.

Pfarrer Niemöller hielt kürzlich in Braunschweig einen Vortrag über "Die politische Verantwortung der Kirche". Wir halten es für zweckmässig, wenn einige seiner Feststellungen und Überlegungen einem grösseren Kreis bekannt gemacht werden:

"Der Mensch braucht die Freiheit, das Wort Gottes zu hören und zu leben und wo diese Freiheit nicht da sei, muss die Kirche Zeugnis ablegen und sehr lebhaft protestieren. Von dort her leitet sich primär die Verantwortung der Kirche für die Politik ab. Diese ihre politische Verantwortung hat die Kirche versäumt, denn sie hat tatenlos zugehört, als Gottes Gebote durch Menschengebote verletzt wurden."

Niemöller wandte sich in diesem Zusammenhang auch gegen die allgemeine Feindschaft der Kirche gegenüber der Weimarer Republik. Die Christen sollten die besten Staatsbürger sein, solange der Staat nichts verlange, was Gottes Forderung zuwider sei. Niemals könne die Kirche im politischen Raum Partei sein, das habe ihr Gott äusserlich und innerlich verboten. Dass es christliche Parteien gäbe, sei nicht schön, denn es gäbe keine "christliche Politik", es gäbe nur Christen in der Politik, und man werde es der Politik anmerken, wieviele wirkliche Christen darin seien. Der einzelne Christ trage eine andere Verantwortung als die Kirche. Als dieser "einzelne Christ" bekannte sich Niemöller in der Debatte zum Sozialismus, der zur Zeit "das beste Programm" habe, er sprach für Planwirtschaft und gegen die "Träume von Kapitalismus und freiem Unternehmertum". Wer ihm das kapitalistische System nach amerikanischem Muster empfehlen wollte, dem werde er antworten: "Du Narr!"

In der Diskussion befragt, ging Niemöller auch auf die Frage Bekenntnisschule - Gemeinschaftsschule ein und wandte sich scharf gegen Bestrebungen, evangelische Eltern seitens der Kirche für die Bekenntnisschule zu mobilisieren. Wenn die Kirche das tue, dann sei ihre politische Verantwortung illegitim geworden, denn sie dürfe nicht für ein politisches Ziel mit derartigen Mitteln kämpfen. Mit dem Evangelium habe das nichts mehr zu tun, und der Name evangelisch werde lediglich als Köder gebraucht, um hinter den Katholiken nicht zurückzustehen. Die Kirchen sollten keinen Einfluss auf schulpolitische Propaganda nehmen, denn die Frage Bekenntnisschule - Gemeinschaftsschule sei keine christliche Überzeugungsfrage, sondern lediglich eine Sachfrage, d.h. eine Frage der praktischen Zweckmässigkeit. Vom Standpunkt des Christentums aus käme es weitmehr auf die Persönlichkeit des Religionslehrers an als auf die Notwendigkeit der Bekenntnisschule. Im übrigen könne man durch Erziehungsmaßnahmen einen Menschen niemals so bilden, dass er ein Christ werde, denn der christliche Glaube sei keine Weltanschauung.

b/B.1/305/W

 "Martyrer" Reimann.

(sp.) Deutsche Polizisten haben am Sonntag den Vorsitzenden der Westzonen-KP, Max Reimann, verhaftet, damit er den Rest der Strafe absitze, die von einem britischen Militärgericht gegen ihn wegen seiner bekannten "Quisling-Pede" verhängt wurde. Bevor es soweit kam, hat man Reimann reichlich Gelegenheit gegeben, sich als "Verfolgter des Besatzungsregimes" wirkungsvoll in Szene zu setzen.

Es fragt sich, ob das unerlässlich war. Das juristische Fundament des damaligen Prozesses und Urteils sei von dieser Betrachtung ausgenommen, aber Prozesse mit Politikern haben immer ein politisches Gesicht und sie wiegen doppelt schwer, ob sie nun so ausfallen wie im Falle Reimann oder anders. Die Kommunisten wären keine Kommunisten, hätten sie nicht den "Fall Reimann" in ihrer Propaganda ausgeschlachtet. Sie haben Reimann das Mäntelchen des "nationalen Märtyrers" ("von einem englischen Militärgericht verurteilt") umgehängt und dadurch einem Mann zur Popularität verholfen, von dessen Existenz früher ausser einigen Politikern nur wenige Gesinnungsfreunde Kenntnis hatten. Es war daher eine kluge Geste, die man Reimann für die Abbeiten des

Parlamentarischen Rates freiließ und man musste hoffen, dass diese Gelegenheit auch Gelegenheit zu einer politischen Einsicht geboten habe, die man beim Urteil vermisst hatte.

Niemand wird leugnen, dass der frei umherlaufende Reimann nicht gefährlicher ist, als es der Vorsitzende der West-KP sein kann, nämlich überhaupt nicht. Wer darüber anderer Meinung ist, ignoriert die Wahlergebnisse der letzten zwei Jahre, an denen Reimann in voller Freiheit beteiligt war. Am Niedergang der KPD ändert weder ein frei umherlaufender noch ein gefangener Reimann etwas. Denn die Tätigkeit der KP, soweit sie sich in der Öffentlichkeit abspielt, erschüttert niemanden mehr. Die nichtöffentliche Betätigung wird auch ohne Reimann fortgesetzt. Der gefangene Reimann aber, als "Martyrer" aufgeklärt, bietet den Kommunisten einen Wahlschleger, den sie in den heutigen politischen Verhältnissen vergeblich suchen. Die Demokratie gibt jedem die Möglichkeit sich nach eigenen Kräften zu blamieren. Warum will man Reimann diese Chance im Wahlkampf nehmen? Man kann es sich heute in Westdeutschland unbesorgt leisten, Reimann nicht zu überschätzen.

b/B.2/305/W.

Der Saararbeiter zahlt die Zeche.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Bei einer internen Versammlung des saarländischen Arbeitgeberverbandes hielt der Sequesterverwalter der "Voelklinger Hütte", Thedrel, einer der wichtigsten Vertreter des von der französischen Schwerindustrie betriebenen Wirtschaftsexpansionismus im Saarland, eine Rede über die Lage der saarländischen Hüttenindustrie. Sie verdient besondere Beachtung, weil hier ein Mann, der es besser als jemand anders wissen muss, offen ausspricht, dass der Wirtschaftsanschluss der Saar an Frankreich sich zum Schaden der saarländischen Wirtschaft auswirkt und dass letzten Endes der saarländische Arbeiter die Folgen dieser wirtschaftlich verkehrten Massnahme zu tragen hat. Sie war, bei Licht besehen, nur der Vorwand für eine verkappte politische Annexion.

Herr Thedrel muss zugeben, dass es nicht gelungen ist, die saarländische Metallindustrie mit der lothringischen Industrie auf gleichen Fuss zu setzen. Die saarländischen Gesteinpreise werden künstlich hochgehalten. Für den qualitativ schlechten Saarkoks wird frei Hochofen der gleiche Preis vorgeschrieben, den die lothringischen Hüttenwerke für Ruhrkoks frei Hochofen bezahlen. Die Saarlüttenwerke werden seit Jahren aus Lothringen nur mit qualitativ armen Erzen beliefert, die auch noch mit äusserst hohen Transportkosten belastet sind, während die lothringischen Werke direkt auf dem Erze liegen. Diese Mehrbelastungen betragen nach Ansicht des Herrn Thedrel mehr als eine Milliarde Franken im Jahr.

Besonders wichtig ist aber das Zugeständnis, dass die Saar ohne den deutschen Markt nicht bestehen kann. Herr Thedrel sagte dazu wörtlich: "Wenn die saarländische Industrie die Produktions-

sätze aus der Vorkriegszeit erreichen will, so ist das praktisch nur durch Massenausfuhr nach Süddeutschland möglich. Dies ist der wichtigste Punkt, wenn man überlegt, was in einigen Jahren aus der saarländischen Hüttenindustrie werden soll, d.h. wenn der Wiederaufbau Frankreichs schon sehr fortgeschritten sein wird."

Mit anderen Worten: Die französische Schwerindustrie empfindet das Saarland bereits als einen lästigen Konkurrenten. Wohin das führt, zeigt Herr Thedrel weiter auf:

"Es war nicht unsere Absicht, den Gedanken nahezu legen, dass man den Kostenausgleich zwischen den Saarlütten und Lothringen dadurch schaffen sollte, dass man dem saarländischen Arbeiter einen geringeren Lebensstandard aufzwingt als dem französischen Arbeiter, aber es liegt uns daran zu zeigen, wie notwendig es ist, dass die "Lohnlasten" nicht zu einem neuen Handicap unserer Industrie werden." Diese wohlwollende Formulierung täuscht nicht darüber hinweg, dass man in diesen Kreisen den Arbeitslohn als das eigentliche Übel empfindet. Die Forderungen aus dieser Einstellung liegen auf der Hand, nur hält man es evtl. für verfrüht, sie schon jetzt zu ziehen. Dabei gibt Herr Thedrel in seiner Rede bereits zu, dass in der Moselle eine fünfköpfige Familie eine Familienzulage von 9400 ffrs erhält, wogegen die gleiche Familie, die im Saarland arbeitet, nur 3400 ffrs erhält. Für eine Familie mit sechs Kindern beträgt der Unterschied sogar 10.000 ffrs.

Diese Rede zeigt besonders klar, welcher Schwindel mit dem Saarland getrieben wurde. Zuerst forderten die Franzosen den Wirtschaftsanschluss mit der Begründung, "die Saar sei mit Lothringen wirtschaftlich organisch verbunden". Als man soweit war, musste die Saar politisch und administrativ von Deutschland getrennt werden, weil doch die französischen Wirtschaftsgesetze im Saarland Geltung haben sollten. Jetzt ruft man nach dem deutschen Absatzmarkt, der von den 2 1/2 Millionen to Eisen und Stahl der Saar 1 1/2 Millionen aufnehmen soll. Jetzt soll der wirtschaftliche Zusammenhang der Saar mit Deutschland wieder hergestellt werden, aber die politische Separation soll erhalten bleiben. Das ist Bärenfangerei schlimmster Sorte.

"Säuberung" der tschechischen Bibliotheken.

(sp.) Allen privaten und öffentlichen Bibliotheken der Tschechoslowakei wurde angeordnet, die "nicht benötigten und nicht gelassenen Bücher" bei bestimmten Sammelstellen abzuliefern. Verschiedene Organisationen, besonders der kommunistische Jugendverband, wurden beauftragt, sich an dieser Säuberungsaktion zu beteiligen. Das Prager Kultusministerium hat außerdem noch verfügt, dass alle Verlage, Druckereien, Buchereien und Antiquariate binnen 14 Tagen ein genaues Verzeichnis aller bei ihnen vorhandenen Bücher ausländischer Sprache abzuliefern haben, in dem im einzelnen angeführt wird, welche Bücher zum Verkauf bestimmt, welche vom Druck zurückgezogen und welche für die laufende Altpapiersammlung bestimmt sind.

b/B.122/306/W